

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Sören Bartol, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Martin Dörmann, Elvira Drobinski-Weiß, Reinhold Hemker, Gustav Herzog, Gabriele Hiller-Ohm, Ute Kumpf, Lothar Mark, Michael Müller (Düsseldorf), Holger Ortel, Dr. Wilhelm Priesmeier, Karsten Schönfeld, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Reinhard Schultz (Everswinkel), Jella Teuchner, Jörg Vogelsänger, Manfred Helmut Zöllmer, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Peter Hettlich, Friedrich Ostendorff, Antje Vogel-Sperl, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 15/4801 –**

### **Agrarpolitischer Bericht 2005 der Bundesregierung**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

- Die Land- und Forstwirtschaft bildet gemeinsam mit dem vor- und nachgelagerten Bereich einen wichtigen Teil der gesamten Volkswirtschaft: Etwa 4 Millionen Erwerbstätige sind in der Agrar- und Ernährungswirtschaft und rund 1,1 Millionen Arbeitskräfte im Lebensmittelhandel beschäftigt. Das entspricht einem Zehntel der Arbeitsplätze in Deutschland. Die Land- und Forstwirtschaft ist nach wie vor ein wichtiger, in vielen ländlichen Regionen jedoch nicht mehr der bestimmende wirtschaftliche Faktor. In der Erzeugung von Lebensmitteln hoher Qualität, bei nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien sowie im Bereich der Dienstleistungen besitzt sie jedoch ungenutzte Potentiale.
- Die Ertragslage der Landwirtschaft hat sich in den Wirtschaftsjahren 2003/2004 stabilisiert und wird sich 2004/2005 voraussichtlich weiter verbessern. Dieses Ergebnis ist allerdings vor dem Hintergrund der Einkommenseinbrüche in den Vorjahren, insbesondere auch infolge der großen Trockenheit im Sommer 2003, zu bewerten. Die Gewinne landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe erreichten mit rund 28 000 Euro je Betrieb im Wirtschaftsjahr 2003/2004 knapp den mehrjährigen Durchschnitt.
- Verbessert haben sich vor allem die Gewinne der Ackerbaubetriebe, insbesondere aufgrund von Preissteigerungen bei Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Auch die Obstbaubetriebe verzeichneten höhere Einkommen.

Vor allem in Nord- und Ostdeutschland sowie in Rheinland-Pfalz gab es deshalb zum Teil zweistellige Zuwachsraten. Der weitere Rückgang der Milchpreise und höhere Ausgaben für Futtermittel waren hingegen die wichtigste Ursache für die niedrigeren Gewinne in den Milchviehbetrieben. Die Einkommenssituation der Futterbaubetriebe ist nach wie vor unbefriedigend

- Der ökologische Landbau nahm weiter an Bedeutung zu. Anbaufläche und Zahl der umgestellten Betriebe konnten deutlich auf 4,3 Prozent ausgebaut werden. Trotz des geringeren Einkommensanstiegs erreichten die Betriebe des ökologischen Landbaus durchschnittlich deutlich höhere Gewinne als vergleichbare konventionelle Betriebe.
- Die deutsche Weinwirtschaft verzeichnet seit Jahren ein konstantes Wachstum. Das Konsumklima und die Absatzentwicklung sind stabil positiv. Insbesondere der Qualitätsweinsektor konnte von der Weinwirtschaft entwickelt werden. Dazu hat auch der ökologische Weinbau beigetragen, der seinen Anteil auf 2 Prozent der Anbaufläche ausbauen konnte. Verbesserungsbedarf besteht in der regionalen Vermarktung heimischer Weine, vor allem auch in der Gastronomie.
- Auch die wirtschaftliche Lage der Forst- und Holzwirtschaft hat sich wieder verbessert. Betrachtet man den Gesamtkomplex, das „Holz-Cluster“, so wird hier ein Jahresumsatz von rund 100 Mrd. Euro erwirtschaftet. Eine weitere Verbesserung der Ertragslage durch verstärkten Absatz heimischen Holzes wäre möglich, der Holzzuwachs in Deutschland lässt dies zu: Derzeit werden von den jährlich nachwachsenden 107 Mio. Festmetern nur rund 60 Mio. Festmeter eingeschlagen. Durch eine Erhöhung der Holznutzung können Brennstoffe aus fossilen Quellen umweltverträglich und klimaschonend ersetzt werden. Holz kann noch stärker als energiesparender Baustoff genutzt werden. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Bundesregierung die Forst- und Holzwirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) fördert und mit dem Aktionsprogramm „Charta für Holz“ eine weitere Stärkung dieses Wirtschaftszweiges vorantreibt.
- Die im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik eingeleiteten Reformen sind 2004 fortgeführt und konkretisiert worden. Die Gewinne in der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei waren allerdings weiter rückläufig: Die angelandeten Fangmengen stiegen vor allem in der Hochseefischerei deutlich an, der Rückgang der Preise konnte damit aber nicht kompensiert werden.
- Der Strukturwandel hat sich leicht beschleunigt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 2 Hektar sank im Jahre 2004 auf rund 372 000, das sind etwa 4 Prozent weniger als im vorhergehenden Jahr. Wie in den Vorjahren ging die Zahl der kleineren Betriebe zurück, während die Zahl der Betriebe über 75 Hektar weiter zunahm.
- Schätzungsweise rund 1,27 Millionen Arbeitskräfte waren 2004 haupt- oder nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig. Familienarbeitskräfte hatten mit 62 Prozent den nach wie vor größten, aber sinkenden Anteil. Der Anteil der Saisonarbeit ist im Gegensatz zu den ständigen Arbeitskräften weiter gestiegen. Angesichts von etwa 30 000 regulären Stellen und 1 500 Ausbildungsplätzen, die nicht besetzt werden konnten, aber auch im Hinblick auf die gestiegenen Personalkosten für Saisonarbeitskräfte aus anderen EU-Staaten wird deutlich, dass das Interesse an und die Qualifizierung für die „Grünen Berufe“ gestärkt werden muss.
- Die Investitionen in der Landwirtschaft sind 2003/2004 in allen Betriebsformen mit Ausnahme der Veredlungsbetriebe erheblich zurückgegangen, vor allem da kleinere Betriebe nicht mehr investiert haben. Seit Mitte 2004 steigt die Investitionsbereitschaft aber wieder an. Die positive Entwicklung zeigt sich vor allem in Ostdeutschland und bei Veredlungsbetrieben.

- Mit der Umsetzung der EU-Agrarreform, die 2005 in Kraft tritt, wird sich das Bild der Landwirtschaft weiter verändern. Die Reform führt zu einer umfassenden Änderung der bisherigen Förderpolitik.
- Der Reformprozess ist noch nicht abgeschlossen. Insbesondere ist eine Reform der EU-Zuckermarktordnung notwendig. Auch aufgrund der gegen die EU ergangenen WTO-Entscheidung und den zu erwartenden Auswirkungen der EBA-Initiative der EU verschärft sich der Reformdruck. Die EU-Kommission hat zur Jahresmitte 2005 Legislativvorschläge angekündigt, über die der Rat bis zum Jahresende befinden muss, damit sie im Frühjahr 2006 in Kraft treten können.
- Mit dem Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz wurde ein neuer Weg in der Pflanzenschutzpolitik beschritten. Das Ziel der Minimierung von Risiken, die von der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln für die Gesundheit von Mensch und Umwelt ausgehen, wird im Dialog von Landwirtschaft, Umweltschutz, Verbraucherschutz, Industrie, Wissenschaft und Verwaltung in vorbildlicher Weise verfolgt.
- Das vom Deutschen Bundestag verabschiedete Lebens- und Futtermittelgesetzbuch schafft die Voraussetzungen für die umfassende Sicherheit der Lebensmittel vom Acker oder Stall bis auf den Tisch des Verbrauchers.
- Das Gentechnikgesetz setzt die EU-Vorgaben zur Koexistenz von gentechnikfreier und Gentechnik anwendender Landwirtschaft um. Ziel ist der Erhalt der Wahlfreiheit von Verbrauchern und Landwirten im Hinblick auf die Agrotechnik. Vor dem Hintergrund der Zulassungen von GVO durch die EU und des durch die EU-Freisetzungsrichtlinie vorgegebenen Rechtsrahmens wird damit einerseits die gentechnikfreie Landwirtschaft vor ungewollten und unbeabsichtigten Kontaminationen geschützt. Dieser Schutz wird u. a. durch eine Haftungsregelung nach dem Verursacherprinzip und durch konkrete Anforderungen zur guten fachlichen Praxis gewährleistet. Andererseits werden für den GVO-Anbau klare und transparente Regelungen geschaffen. Damit bedeutet das Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts Planungs- und Rechtssicherheit und es sichert die freie Entscheidung von Bauern und Verbrauchern.
- Die Reformen sind eingebettet in eine umfassende Strategie für die ländlichen Regionen, die auf nationaler und auf EU-Ebene weiter verfolgt wurde. Die in den Modellregionen des Programms „Regionen aktiv – Land gestaltet Zukunft“ entwickelten innovativen Ansätze und Konzepte haben bereits ihren Niederschlag in dem neuen Fördergrundsatz „Integrierte ländliche Entwicklung in der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gefunden. Ziel ist die Erschließung bisher noch brachliegender Innovationspotentiale im ländlichen Raum.
- Viele Betriebe haben sich bereits in den letzten Jahrzehnten alternative Einkommensquellen erschlossen – vor allem in der Direktvermarktung, im ländlichen Tourismus, aber auch mit nachwachsenden Rohstoffen wie mit dem Betrieb von Biogasanlagen.
  - Die Märkte für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien sind Wachstumsmärkte.
    - In der chemischen Industrie Deutschlands werden jährlich ca. 2 Mio. t nachwachsende Rohstoffe stofflich genutzt, d. h. ca. 10 Prozent aller Rohstoffe. Etwa 120 000 Arbeitsplätze sind mit der Erzeugung und Erstverarbeitung nachwachsender Rohstoffe für die Industrie und deren Weiterverarbeitung verbunden.
    - Die Bioenergie ist derzeit die wichtigste erneuerbare Energiequelle. Rund 60 Prozent der erzeugten regenerativen Energie stammt aus Bio-

masse. Die Bioenergie ist damit zu einem wichtigen wirtschaftlichen Faktor vor allem im ländlichen Raum geworden. Bei der Strom- und Wärmeerzeugung sowie in der Biodieselproduktion sind schätzungsweise ca. 50 000 Arbeitsplätze entstanden. Experten gehen von einem erheblichen zusätzlichen Arbeitsplatzpotential bei einem Ausbau der Produktion und Nutzung der Bioenergie aus.

- 2004 wurden in Wärme und Strom aus Bioenergien ca. 1,75 Mrd. Euro investiert. Rechnet man die Kraftstoffe hinzu, ergeben sich ca. 2,1 Mrd. Euro. Der Gesamtumsatz der Bioenergiebranche betrug 2004 rund 3,5 Mrd. Euro, davon 650 Mio. Euro für die Stromerzeugung, 800 Mio. Euro beim Biodiesel und 300 Mio. Euro bei der Erzeugung von Wärme.
- Wachstumsbereiche liegen bei nachwachsenden Rohstoffen neben der energetischen Nutzung vor allem im Bereich der stofflichen Nutzung.
- Weitere Wachstumschancen bestehen in der Weiterverarbeitung von Agrarprodukten und in der Direktvermarktung. Etwa 10 Prozent des Produktionswerts der Landwirtschaft stammen gegenwärtig aus der Direktvermarktung.
- Naturschutz und Landschaftspflege, oft auch in Verbindung mit Erfahrungs-/Bildungsangeboten in Produktion und Ernährung, haben sich weiter als ergänzende Einkommensquelle zur herkömmlichen Agrarproduktion entwickelt.
- Auch der ländliche Tourismus hat sich positiv entwickelt. Die Zahl der Bauernhofurlauber ab 14 Jahren ist in den Jahren von 2001 bis 2003 um 1,4 Millionen auf 3,3 Millionen angestiegen. Zugleich besteht noch ein beträchtliches, unausgeschöpftes Marktpotential.
- Deutschland ist dem Ziel einer nachhaltigen, umweltverträglichen Landwirtschaft, die einen Beitrag leistet zum Schutz der natürlichen Ressourcen und die den Beschäftigten in der Landwirtschaft und den Menschen in den ländlichen Regionen Arbeit und Einkommen sichert, ein gutes Stück näher gekommen. Durch die Neuausrichtung der Agrarpolitik wurden für die Landwirtschaft neue Rahmenbedingungen geschaffen. Sie hat dadurch Planungssicherheit bis 2013. Die Reformen sind nun umzusetzen und einzubetten in eine umfassende Strategie für den ländlichen Raum.
- Eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland unverzichtbar. Auch die EU-Kommission betont im Rahmen der Lissabon-Strategie, dass in den ländlichen Räumen bisher noch nicht ausgeschöpfte Innovations- und Wachstumspotentiale bestehen. Regionale Identität und Wirtschaftskraft bleiben nur da erhalten, wo positive Zukunftsperspektiven vorhanden sind. Ländliche Entwicklungs- und Agrarpolitik können und müssen dazu einen Beitrag leisten. Angesichts der absehbaren strukturellen und demographischen Entwicklungen müssen Prozesse der ländlichen Entwicklung unterstützt werden, damit sich die Menschen in den ländlichen Regionen auf diese Veränderungen nicht nur einstellen, sondern vor allem auch aktiv gestalten können.
- Die Reformen der Agrarsozialpolitik in den Jahren 2001 und 2004 haben dazu beigetragen, den Ausgabenanstieg zu begrenzen, die Systeme finanziell zu stabilisieren und unzumutbare Beitragsmehrbelastungen zu vermeiden. Angesichts der strukturellen und demographischen Belastungen in der Landwirtschaft ist dennoch der Druck gewachsen, insbesondere in der Kranken- und Unfallversicherung weitere Reformen anzugehen. Insbesondere ist es der Selbstverwaltung bis heute nicht gelungen, die Beitragsunterschiede innerhalb der Landwirtschaft abzubauen und den Solidargedanken in der Sozialversicherung stärker durchzusetzen.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den eingeschlagenen Weg der Neuorientierung der Agrarpolitik mit mehr unternehmerischer Flexibilität, der gezielten Entlohnung gesellschaftlich gewünschter Leistungen, mehr Marktorientierung sowie einer konsequenten Ausrichtung an den Interessen der Verbraucher fortzuführen. Die Reform ist in den noch nicht reformierten Bereichen zu vervollständigen, um Beschäftigung und Wertschöpfung im ländlichen Raum sowie eine nachhaltige Landbewirtschaftung auf Dauer zu sichern;
- sich dafür einzusetzen, dass die WTO-Verhandlungen in Hongkong zu einem, auch für die deutsche Landwirtschaft, positiven Ergebnis geführt werden und alle Formen handelsverzerrender Agrarexportförderung abgeschafft werden. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass ein freier Welthandel nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck ist. Ziel muss es sein, Sozial- und Umweltstandards sowie Verbraucher- und Gesundheitsstandards in die WTO-Verhandlungen einzubeziehen, den „fairen“ Handel zu stärken und Dumping zu verhindern. Qualitätsanforderungen und Standards sind keine nichttarifären Handelshemmnisse. Sie dürfen nicht für protektionistische Zwecke missbraucht werden, sondern müssen positive Impulse für eine nachhaltige Entwicklung, auch für Entwicklungsländer, geben;
- sich dafür einzusetzen, dass die Reform der Marktordnung Zucker den Prinzipien einer nachhaltigen und marktorientierten Politik gerecht wird. Sie soll dahin gehend reformiert werden, dass sie WTO-konform ist, einen fairen Handel mit AKP- und LDC-Ländern und eine wettbewerbsfähige Zuckerrübenenerzeugung in Europa ermöglicht. Dabei sollen Arbeitsplätze in der Zuckerrübenenerzeugung und -verarbeitung erhalten bleiben und notwendige Strukturanpassungen soweit wie möglich sozialverträglich ausgestaltet werden;
- sich innerhalb der EU einzusetzen für
  - die Abschaffung der Flächenstilllegungsverpflichtungen im Rahmen der EU-Agrarpolitik,
  - die Harmonisierung der Energiebesteuerung für Landwirtschaft und Gartenbau;
- den Veredelungsstandort Deutschland zu stärken und im Hinblick auf die Weidewirtschaft zu verbessern. Es gilt, die Rahmenbedingungen fortzuschreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere im Hinblick auf Qualitätsproduktion, Verbraucherorientierung und tiergerechte Produktion der Unternehmen zu verbessern. Die Veredelungsbetriebe brauchen Planungssicherheit und Entwicklungsperspektiven. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Produktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft auch langfristig in unserem Land verbleibt;
- für den ländlichen Raum eine Politik zu verfolgen, in der die Land- und Forstwirtschaft als wettbewerbsfähiger Sektor der Volkswirtschaft weiter gestärkt, innovative Entwicklungen und die integrierte Entwicklung des ländlichen Raums besonders unterstützt werden. Bei der Verabschiedung der ELER-Verordnung zur Förderung des ländlichen Raums sollen deshalb auch Wertschöpfung und Arbeitsplätze neben dem engen Bereich der Landwirtschaft entwickelt werden. Dabei ist auf eine ausreichende Flexibilität bei der Ausgestaltung zu achten und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Regionen ausreichend Rechnung zu tragen. Die Einhaltung und Stärkung integrierter Entwicklungsansätze und die Kohärenz der Maßnahmen zu anderen regionalpolitischen Instrumenten ist dabei besonders zu verfolgen. Fördermittel sind vorrangig dort einzusetzen, wo sie private unternehmerische Initiativen unterstützen;

- die Beschäftigung von Arbeitskräften mit „Grünen Berufen“ mit geeigneten Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen und die Qualifizierung auch arbeitsloser Menschen für diese Bereiche zu fördern;
- weiterhin innovative Bereiche wie nachwachsende Rohstoffe, Marktbereiche mit besonderen Qualitätseigenschaften wie z. B. ökologische Produkte oder Dienstleistungen zu stärken. Auch hier gilt jedoch, dass die Förderung nur private unternehmerische Initiativen unterstützen, diese aber nicht ersetzen kann. Die nötigen Forschungsarbeiten sind voranzutreiben, um Hindernisse einer verstärkten Nutzung nachwachsender Rohstoffe zu überwinden, die Anwendungsbereiche insbesondere in der stofflichen Nutzung zu erweitern und die Agroforstwirtschaft als Bestandteil einer nachhaltigen Landwirtschaft zu integrieren;
- die positiven Entwicklungen des deutschen Weinbaus weiter zu stärken und dabei den Steillagen Weinbau als Kulturerbe und den ökologischen Weinbau besonders zu beachten;
- sicherzustellen, dass der bedeutende Markt für gentechnikfreie Lebensmittel auch in Zukunft von den deutschen Erzeugern bedient werden kann;
- die Umsetzung der bereits vorgenommen Reformen in der agrarsozialen Sicherung auszuwerten und dem Deutschen Bundestag darüber Bericht zu erstatten. Dabei ist insbesondere darzulegen, wie sich die Beiträge für die Kranken- und Unfallversicherung der Landwirtschaft regional entwickelt haben und wie sich die Belastung von Betrieben und landwirtschaftlichen Haushalten der Landwirtschaft regional sowie im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen darstellt.

Berlin, den 15. Juni 2005

**Franz Müntefering und Fraktion**

**Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**



